

KAS-DEMOKRATIEREPORT 2008 „MEDIEN UND DEMOKRATIE“

INTERNATIONALE KONFERENZ DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG,
BONN, 28.–29. APRIL 2008

Vom 28. bis 29. April 2008 führte durch die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) die internationale Konferenz zum KAS-Demokratierport 2008 auf dem Petersberg bei Bonn.

Eröffnet wurde sie vom Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor Dr. [Bernhard Vogel](#). Er betonte, dass unabhängige und freie Medien ein Kernbestandteil jedes demokratischen Systems seien. Sie trügen entscheidend zur politischen Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger bei und begleiteten – sofern sie ihre Tätigkeit ohne staatliche Repressalien ausüben könnten – kritisch das Handeln der politischen Entscheidungsträger. Unabhängige Medien spielten aber nicht nur eine wichtige Rolle für die Entwicklung und Stabilisierung der Demokratie, sie trügen auch eine besondere politische Verantwortung. Für Medien müssten deshalb ethische Maßstäbe in der Berichterstattung gelten, sie dürften ihre Freiheit nicht missbrauchen. Professor Vogel mahnte, dass gerade wir Deutschen wüssten, wie zentral die Rolle freier Medien für den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen sei.

In den entwickelten und konsolidierten Demokratien des Westens sei die „Macht“ der medienvermittelten Informationen und Bilder mittlerweile so groß, dass von einer „Vierten Gewalt“ oder gar der „Mediendemokratie“ die Rede sei. Der Demokratierport widme sich allerdings nicht den etablierten westlichen Demokratien, sondern Entwicklungs- und Schwellenländern. In diesen Ländern gelte zwar ebenso wie für alle anderen, dass unabhängige Medien eine zentrale Rolle spielten bei der Vermittlung von Informationen, der politischen Meinungsbildung und Herrschaftskontrolle. Aber Tatsache sei, dass sie in zahlreichen Ländern diesen Aufgaben nicht nachkommen könnten, weil sie von den Machthabern instrumentalisiert, kontrolliert oder auch zensuriert würden. Es sei leider keine Seltenheit, dass kritische Medienvertreter bei der Ausübung ihrer Arbeit behindert oder mundtot gemacht, manche sogar getötet würden. Er machte aber darauf aufmerksam, dass



Prof. Dr. Bernhard Vogel, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, eröffnete die Konferenz zum KAS-Demokratierport.

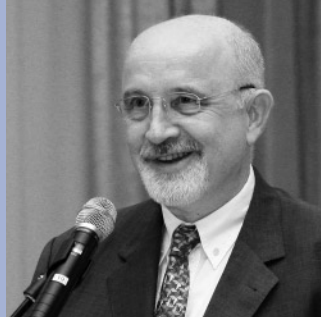
weder die staatlichen noch die nichtstaatlichen Organisationen der politischen Entwicklungszusammenarbeit die körperliche Unversehrtheit kritischer Journalisten oder anderer demokratischer Kräfte garantieren könnten.

Professor Vogel bezog sich auf den indischen Nobelpreisträger für Ökonomie, Amartya Sen, der in einem seiner bekanntesten Werke „Entwicklung als Freiheit“ darlegte, dass zwischen individueller Freiheit und dem allgemeinen Entwicklungsstand eines Landes ein enger Zusammenhang bestünde. Repressive Diktaturen nähmen den Menschen nicht nur persönliche Freiheiten, sondern hemmten auch die persönliche wie gesellschaftliche Entwicklung. Das mache Medien- und Pressefreiheit so elementar für die individuelle aber auch die politische Entwicklung ganzer Gesellschaften.

Die Schwerpunkte der weltweiten Medienprogramme der KAS lägen daher in der Förderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für unabhängige Medien, Medienfreiheit und -vielfalt, der handwerklichen Aus- und Weiterbildung kritischer und unabhängiger Journalisten sowie in der internationalen Vernetzung von Medien und Medienvertretern. Schließlich erklärte Professor Vogel, dass der Demokratierport der Konrad-Adenauer-Stiftung keine rein wissenschaftliche Erhebung sei, auch wenn er stets nach den Grundsätzen guter wissenschaftlicher Praxis durchgeführt werde. Mindestens



Staatssekretär
Michael Mertes.



ebenso wolle die KAS damit eine qualitativ breit angelegte Momentaufnahme zum Stand der Demokratie bzw. ihrer Teilbereiche in unseren Projektländern erreichen, die ihr wiederum Anknüpfungspunkte für die konkrete entwicklungspolitische Arbeit aufzeige.

Danach sprach **Michael Mertes**, Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, ein Grußwort. Er verwies auf die Bedeutung der strikten Trennung von Staat und Medien. Unabhängige Medien seien ein Bollwerk gegen Machtmissbrauch und würden eine entscheidende Vermittlerrolle zwischen Wählern und Politikern einnehmen. Leider habe sich die Pressefreiheit in den letzten Jahren weltweit verschlechtert, wie Ranglisten zur Pressefreiheit, z.B. die der „Reporter ohne Grenzen“, belegten. Dies mache internationale Entwicklungszusammenarbeit im Allgemeinen und die Förderung freier Medien durch staatliche und nichtstaatliche Organisationen im Besonderen weiterhin erforderlich. Herr Mertes begrüßte die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung auf diesem Gebiet und unterstrich, dass sie mit dem diesjährigen Demokratieraport nach dem ersten zum Thema „Medien und Demokratie“ im Jahre 2005 einen wichtigen Beitrag dazu leisten würde.

UNABHÄNGIGE MEDIEN ALS VORAUSSETZUNG DER DEMOKRATIE

Das erste Panel mit dem Titel „Medien und Demokratie“ beleuchtete die vielfältigen Verbindungen und manchmal auch wechselseitige Spannung zwischen einer lebendigen Medienlandschaft und der Pressefreiheit auf der einen und einer funktionierenden und liberalen Demokratie auf der anderen Seite. Moderiert wurde es von **Uta Thofern**, Chefredakteurin von DW-World bei der Deutschen Welle in Bonn.

Hierzu hielt zunächst **Suthichay Yoon**, Vorstandsvorsitzender der Nation Multimedia Group aus Bangkok, eine Eröffnungsrede mit dem Titel „Unabhängige Medien als Voraussetzung für Demokratie“. Er wies darauf hin,

dass freie und unabhängige Medien nur dann der Demokratie nützten, wenn sie den Zugang zu Informationen auch für die Unterprivilegierten garantierten. Die Unabhängigkeit der Medien müsse auf einer Struktur beruhen, die frei sei von staatlicher Einmischung und auch von versteckten Wirtschaftsinteressen. Die Aufgabe einer unabhängigen Presse müsse es sein, Katastrophen aufzudecken und – wo möglich – zu verhindern. Sie sollten eine freie Form des Debattierens einüben und damit auch Politiker haftbar machen. Auch er zitierte Amartya Sen, der gesagt habe, dass es in einer funktionierenden Demokratie noch nie zu einer Hungersnot gekommen sei. Eine freie Presse sei damit mit der Demokratie, den Menschenrechten und der (nicht nur wirtschaftlichen) Entwicklung in einem Land verbunden.

Herr Yoon sprach außerdem von den digitalen Medien, in denen er eine neue Hoffnung sieht, das Bürgerrecht auf Information zu stärken. Er beschrieb, wie in Asien die elektronischen Medien oft die wahre Stimme der Opposition und Kritik seien. Regierungen seien zwar in der Lage, Printmedien zu kontrollieren, aber nicht das Internet. So habe beispielsweise das Internet bei den letzten Wahlen in Malaysia eine große Rolle gespielt und die Badawi-Regierung völlig überrascht, die sich ihres Sieges in gewohnter Höhe sicher war. Sie habe über die regulierten Medien schlicht nicht erfahren, wie die Stimmung auf der Straße tatsächlich gewesen sei. Herr Yoon nannte dies „elektronische Demokratie“. In Thailand dagegen sei die Pressefreiheit noch immer verwundbar, obwohl die neue von der Militärregierung vorgelegte Verfassung einige wichtige Klauseln zur Medienfreiheit offenbare. Die Regierung aber versuche weiterhin, den Informationsfluss zu kontrollieren und habe dazu ihr eigenes Publikationsorgan professionalisiert.

Abschließend sprach Herr Yoon von der Bedeutung der „citizen reporters“, den „Bürgerjournalisten“, die auf die Medien einen heilsamen Druck ausübten. Betroffene Bürger sähen mehr als professionelle Reporter,



Bild links:

In Malaysia konnte die Regierung von Premierminister Abdullah Badawi am 8. März 2008 nicht die übliche Zweidrittelmehrheit erringen, weil sie die starken oppositionellen Strömungen in den Weblogs ignoriert hätten, so Suthichay Yoon, Vorstandsvorsitzende der Nation Multimedia Group aus Bangkok.

Bild rechts:

„Die Medienfreiheit wird oft nicht voll ausgeschöpft.“, Professor Ellen Mickiewicz vom Terry Sanford Institute of Public Policy der Duke University.

einfach weil es zu wenige Journalisten in Asien gebe und diese in den Hauptstädten oft vom Alltag in den Provinzen abgekoppelt seien. Traditionelle Medien seien dem Volk oftmals weit enthoben. Zwar gebe es auch eine „dunkle Seite des Internet“, die sich in politischen Übernahmen von Webseiten und den finanziellen Abhängigkeiten ausdrückten, doch elektronische Medien spielten eine wichtige Rolle in der Verbreiterung der Informationsbasis und der Aufwertung der Bürger („empowerment“). Herr Yoon brachte dies auf eine griffige Formel: „freie Menschen = freie Medien = freie Meinungsäußerung = Demokratie“.

Prof. Dr. [Ellen Mickiewicz](#) vom Terry Sanford Institute of Public Policy der Duke University in Durham in den Vereinigten Staaten, sprach zur Situation der Medien in den USA. Sie gruppierte ihre Thesen unter drei Schlagwörtern: Untergang des investigativen Journalismus, Internet und die Öffentlichkeit.

In den Vereinigten Staaten seien durch die allgegenwärtigen Kürzungen und Sparmaßnahmen die Kernredaktionen und das Auslandskorrespondentennetz verkleinert worden. Damit sei unabhängige Investigation als das „Herz des amerikanischen Printjournalismus“ in seiner Existenz gefährdet. Sie dürfe aber nicht aufgegeben werden, denn die Printmedien seien die Einzigen, die echten investigativen Journalismus betrieben. Das Fernsehen „recycle“ lediglich Nachrichten aus den Printmedien und Blogs seien kein Ersatz für die Professionalität von Printreportern. Neue Werbemodelle und neue Modelle politischer Ökonomie führten dazu, dass Zeitungen heute auch niedrigere Bildungsschichten ansprechen müssten, was zu einer weiteren Trivialisierung und „Boulevardisierung“ von Nachrichten führe.

Das Internet, oder besser gesagt: die „Blogosphäre“, sei oftmals in einer „unendlichen Selbstverliebtheit“ gefangen und ein Schaufenster des narzisstischen Egos. Im Wesentlichen seien Blogs aber Kommentare auf Zeitungsnachrichten. Auch hier seien die Zeitungen

also die primäre Nachrichtenquelle. Zeitungen hätten jedoch nicht mehr die finanzielle und personelle Flexibilität, um Zeit und Ressourcen für langwierige Investigation bereitzustellen. Die Auszehrung der Redaktionen gehe also zulasten von echter Reporterarbeit.

[Manfred Protze](#), Sprecher des Deutschen Presserates, stellte zunächst den Deutschen Presserat (DPR) als Organisation der Selbstverwaltung und der freiwilligen Selbstkontrolle der Presse vor. Besonders hob er das Jedermannsrecht hervor, durch das jeder Leser (wahrgenommene) Fehlleistungen in der Presse beim DPR anzeigen könne, die dann geprüft und bei Bedarf abgestellt würden. Eine solche Selbstkontrolle bedürfe nicht staatlicher Einmischung oder Regulierung. Sie reiche aus, wenn sie in gesellschaftliche Kontrolle eingebettet und die journalistische Kultur dafür ausreichend entwickelt sei. So gebe es seit 1974 den Deutschen Presserkodex als Grundlage für gute Berichterstattung. Herr Protze bezeichnete den DPR als Lobby für Pressefreiheit, z.B. wenn es um den gesetzlichen Quellenschutz gehe, der Grundlage für freie Medien sei. Er stimmte Herrn Yoon zu, dass die Basis der Informationen heute durch neue Technologien und „citizen reporter“ breiter geworden sei. Doch dann stelle sich ein neues Problem: das der Verlässlichkeit dieser Informationen. Kontext und Zusammenführung von Informationen und Quellen seien daher auch weiterhin die Aufgabe von professionellen Journalisten, die deshalb nicht überflüssig würden.

DAS MEDIENPROGRAMM DER KAS

Auf dem zweiten Panel stellte die Konrad-Adenauer-Stiftung ihr weltweites Medienprogramm vor. Die Stiftung ist in den Weltregionen mit eigenen Medienprogrammen und Mitarbeitern präsent, die die Medienlandschaft vor Ort kennen und Aufklärung, Unterstützung und manchmal auch Aufbauleistungen bei der Festigung von pluralen Medienlandschaften und der Sicherung von Medienfreiheit in den Ländern leisten.



Medienexperten der Konrad-Adenauer-Stiftung: Werner vom Busch (Südostasien), Dr. Karla Sponar (Lateinamerika), Dr. Nino Galetti (Berlin), Dr. Dirk Förger (Südosteuropa), Frank Windeck (Subsahara-Afrika).

Moderiert wurde das Panel von Dr. Nino Galetti, dem Koordinator des Medienprogramms der KAS.

Werner vom Busch, Leiter des KAS-Medienprogramms Asien mit Sitz in Singapur, stellte die Ziele seines Programms vor: die Demokratie zu fördern, die Ausbildungssituation der Journalisten zu verbessern, denen es oft an grundlegenden Kenntnissen und handwerklichen Fertigkeiten fehle sowie die journalistischen Standards in der Region anzuheben, was Qualität der Berichterstattung, journalistisches Ethos aber auch Pflichten der Medien gegenüber Staat und Gesellschaft beinhaltet. Das Medienprogramm Asien beruhe auf zwei Säulen: dem Asia News Network (ANN) mit Sitz in Singapur und dem KAS Asian Center for Journalism (ACFJ) an der renommierten Ateneo de Manila Universität in der philippinischen Hauptstadt.

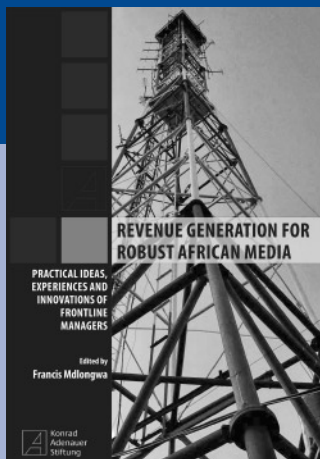
Das ACFJ sei ein anerkannter und stark nachgefragter Beitrag zur Journalistenausbildung in der Region. Es handele sich hierbei um ein gleichermaßen internationales wie interdisziplinäres Projekt, da Lehrende und Studierende aus allen möglichen Fachrichtungen und Ländern aus ganz Asien kämen. Das Zentrum biete einen auf Handwerk und Werten basierten Masterstudiengang an, der Online und auch berufsbegleitend absolviert werden könne. Es gebe ein Stipendienprogramm für Studierende und einen Job-Newsletter für Alumni.

Das ANN dagegen sei heute das größte unabhängige Nachrichtennetzwerk der Welt. Es sei ein Verbund von mittlerweile 18 Zeitungen in ganz Asien, die über eine gemeinsame Datenbank Nachrichten und Reportagen austauschen könnten, die von den Mitgliedszeitungen nach den hohen Qualitätsstandards des Netzwerks angefertigt worden seien. Der Wert der Mitgliedschaft liege vor allem im organisierten und stetigen Austausch zwischen den Redaktionen, was einen echten grenzüberschreitenden Mediendiskurs ermögliche, der nicht nur in den jährlich stattfindenden Redaktionstreffen, wie dem seit dem Jahr 2000 institutionalisierten Asian European Editors Forum (AEEF), gepflegt werde. Dabei

seien z.B. auch Mitgliedszeitungen aus China präsent, die zwar nicht in die Kategorie „freie Medien“ passten, aber dennoch eingebunden würden, um ihnen journalistische Qualitätsstandards zu vermitteln und sie auch den positiven Erfahrungen der Kollegen in freien und lebendigen Medienlandschaften in anderen Ländern der Region auszusetzen.

Dr. Karla Sponar, Leiterin des Medienprogramms Lateinamerika mit Sitz in Buenos Aires, zählte die politische Kommunikation, das Medienrecht und die journalistische Fortbildung zu den Kernelementen ihrer Arbeit. Die Fortbildungsmaßnahmen des Medienprogramms widmeten sich vorwiegend den Themen Qualität, Berufsethik und Selbstverpflichtung. Medien in der Region stünden unter Druck – finanziell und politisch. Sie würden nicht als Stütze der Demokratie gefeiert, sondern als Gefahr für die Demokratie gebrandmarkt. Der Kontext journalistischer Arbeit sei in der Region schwierig: unzureichende Ausbildung, keine Erfahrung mit Pluralismus, Selbstzensur, Schwierig- und Widrigkeiten bei unabhängiger Investigation, Konzentration der Medienlandschaft. Die Arbeit des Medienprogramms beinhalte u. a. Wahlanalysen, die Einrichtung eines Podcast, Auseinandersetzungen mit dem Thema „Cyberpolitik“ und die Verbreitung von best practices der Regierungsführung, insbesondere auf kommunaler Ebene. Darüber hinaus vermittele es deutsche Erfahrungen mit der Bundespressekonferenz als nichtstaatliches Gremium der Selbstorganisation der Medien und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk – nicht als Staatsfernsehen, sondern als staatlich finanzierter Garant unabhängiger und pluralistischer Berichterstattung. Schließlich beinhalte es auch das Pilotprojekt „Medienrecht“ an der Universidad Nacional Autónoma de México in Mexiko-Stadt.

Frau Sponar stellte sodann zwei Projekte ihres Programms heraus: Einerseits das jährlich erscheinende Barometer zum Zugang zu Informationen in Chile, andererseits Studien zur Medienauswertung bestimmter relevanter Themen wie Armut oder Umwelt. Diese Studien hätten gezeigt, dass z.B. Armutsthemen in den



Das neue Handbuch des KAS-Medienprogramm im Afrika südlich der Sahara enthält Analysen afrikanischer Medienmacher – Eigner, Manager, Chefredakteure. Die Publikation soll den Austausch von Ideen fördern sowie Modelle und Strategien für eine Medienführung aufzeigen, die sowohl eine finanzielle als auch eine politische Unabhängigkeit der Unternehmen garantieren.

Auf www.kas.de kann die Publikation (PDF) heruntergeladen werden.

Medien deutlich unterrepräsentiert seien, was zu einer Ausblendung ganzer Lebenswelten führe, aber auch dazu, dass Informationen über die wahre Lage an der sozialen Peripherie nicht über die Medien an die breite Öffentlichkeit gelangten – und also auch nicht in den politischen Prozess eingespeist werden könnten. Studien dieser Art könnten in Zukunft verstärkt eingesetzt werden, um unterrepräsentierte Themen zu identifizieren und dieser Wahrnehmungslücke entgegen zu wirken.

Frank Windeck, Leiter des Medienprogramms Subsahara-Afrika mit Sitz in Johannesburg, erklärte, dass der Schwerpunkt seines Programms im Bereich des Rundfunks und nicht in den Printmedien läge, weil das Radio das Medium mit der größten Verbreitung und Reichweite in Subsahara-Afrika sei. Auch er stimmte mit seinen Kollegen darin überein, dass Qualitätsjournalismus zwar von eminenter Bedeutung für die Entwicklung in der Region sei. Von der Mehrheit der Journalisten sei er im Grunde aber gar nicht zu leisten. Es gebe interne und externe Faktoren, die er zu sieben Gründen des Scheiterns verdichtete: Zu den internen Faktoren zählten das generell schlechte Niveau der Aus- und Fortbildung der Journalisten, schlechte oder völlig ausbleibende Bezahlung, was das Kaufen von Berichterstattung erleichtere, sowie Mängel an professioneller Erfahrung. Zu den externen Faktoren zählten der wirtschaftliche Zustand der Medienhäuser, die oft von staatlichen, staatsnahen oder privaten Werbegeldern abhängig und folglich in der Berichterstattung unfrei seien, die Ein-Parteien-Dominanz der ehemaligen Befreiungsbewegungen im politischen System vieler Länder, repressive Mediengesetze sowie die allgegenwärtige Korruption.

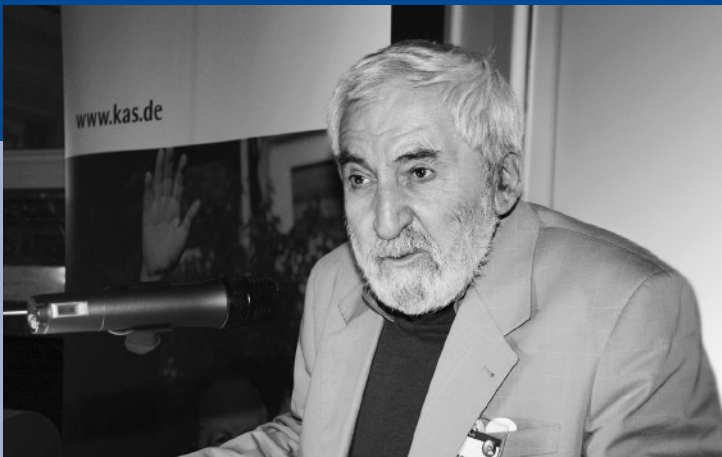
Nicht alle diese Probleme könnten von der Stiftung gelöst werden. Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Medien seien Journalistentraining, Managementunterstützung (z.B. über die Media Leadership Conference der KAS), Arbeit im Parteienbereich mit dem Schwerpunkt Kampagnenführung und politische Kommunikation sowie Aufklärungs- und Lobbyarbeit im

Bereich des Medienrechts. Weitere wichtige Instrumente des KAS-Medienprogramms seien auch die Netzwerkbildung zwischen Journalisten und Medienvertretern aus Afrika und Deutschland sowie innerhalb Afrikas.

Dr. **Dirk Förger**, Leiter des Medienprogramms Südosteuropa mit Sitz in Sofia, begann mit einem Dank an die Länderprogramme, ohne die die Medienprogramme kaum leistungsfähig wären. Er beschrieb die Verquickung von politischen und wirtschaftlichen Interessen in seiner Region, in denen er „mafiose Strukturen“ erkannte. Verlage dienten oft als Geldwaschanlage für kriminelle Organisationen. Das bliebe nicht ohne Folgen für die Berichterstattung, z.B. in Bulgarien, aber auch in anderen Ländern der Region. Bulgarien aber sei in den letzten Jahren auf dem Ranking von „Reporter ohne Grenzen“, das Gewalt gegen Journalisten misst, von Platz 36 auf Platz 51 gefallen. Unbequeme Nachrichten und investigative Reportagen würden noch immer – subtil oder nicht – unterdrückt, Journalisten auch gewaltsam von Recherchen abgehalten. Es gebe daher eine Reihe von Tabuthemen, an die sich die lokale Presse nicht herantrauen würde. Dazu zählten z.B. die politische Korruption oder die Organisierte Kriminalität. Das Ergebnis sei Selbstzensur.

Herr Förger bedauerte die nationale Nabelschau in der Region, in der nationale Öffentlichkeiten über die direkten Nachbarn nichts oder fast nichts wüssten. Dies sei Ausdruck und Verstärker eines tief sitzenden Misstrauens gegen die eigenen Nachbarn, mit denen die Länder des Balkans eine lange und schwierige Geschichte verbinde. Diese Unwissenheit über – und das Desinteresse an – den Nachbarn mache allerdings anfällig für die Versuchung eines allzu leichten, generalisierenden „fingerpointing“ auf die andere Seite der Grenze.

Abgeschlossen wurde der erste Konferenztage mit einer feierlichen Abendveranstaltung im Festsaal der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, auf der der Präsident der Stiftung zur Verteidigung von Glasnost,



„Die Berufsausbildung von Journalisten wird in Russland immer mehr zum Heldentum“. So beschrieb Professor Alexei Simonov, Präsident der Stiftung zur Verteidigung von Glasnost, die Situation in Russland. Angst vor Repressalien und Einschüchterungsmaßnahmen hätten in vielen Redaktionen zur Selbstzensur geführt.

Professor Alexei Simonov, einen Vortrag zur Situation der Medien in Russland hielt. Die Veranstaltung wurde vom Präsidenten der Universität, Prof. Dr. **Matthias Winiger**, eröffnet und vom Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie, Prof. Dr. **Wolfram Hilz**, moderiert.

Der ehemalige Vorsitzende der KAS, Prof. Dr. **Günther Rinsche**, leitete in den Vortrag ein. Auch er identifizierte freie Medien als eine Voraussetzung für Entwicklung und Stabilität der Demokratie. Es sei Voltaire gewesen, der meinte: „Die einzige Waffe gegen den Fanatismus ist die Vernunft“. Die Medien sollten diese Rolle übernehmen. Schon Voltaires Briefwechsel mit der (deutschstämmigen) russischen Zarin Katharina der Großen halte noch heute wertvolle Lektionen bereit. Russland und Deutschland verbinde also mehr als nur eine „strategische Partnerschaft“. Professor Rinsche erinnerte an die großen Hoffnungen, die „Glasnost“ (Stimme) und „Perestroika“ (Umbau) 1986 unter KPd-SU-Generalsekretär Michail Gorbatschow in West und Ost entfacht hätten. Heute hätten sich diese Hoffnungen in vielen ehemaligen Satellitenstaaten der früheren UdSSR erfüllt und seien nicht zuletzt durch die historische Osterweiterung der EU abgesichert. In Russland selbst liege allerdings noch Einiges im Argen.

MEDIEN UND PRESSEFREIHEIT IN RUSSLAND

Professor Alexei Simonov betonte, dass die „Machtvertikale“ die Medien auf allen Ebenen beeinflusse, direkt über die vier Hauptfernsehkkanäle, die in staatlicher Hand seien, und auch indirekt über die privaten Kanäle, die am Tropf der Wirtschaftsgelder hingen, die wiederum von der Staatswirtschaft abhängig seien. Auch das „Telefonrecht“ existiere weiterhin: Ein Telefonanruf aus der Bürokratie bestimme noch immer die Nachrichtenagenda. In den Medien werde das wahre Leben unsichtbar, da alles von der Macht gesteuert werde. Das Fernsehen betreibe also keine Aufklärung, sondern Verdummung. Es sei kein Massenmedium mehr,

sondern ein Medium zur Massenpropaganda. Der Fernsehraum werde vom Staat geformt. Dasselbe passiere den Zeitungen. Zwar gebe es rund 20.000 Zeitungen in Russland, diese bevölkerten aber nur kleine Nischen und seien keine Massenmedien. Die meisten Zeitungen seien erst wenige Jahre alt und von lokalen Machthabern gegründet worden.

Professor Simonov bemerkte, dass es sehr wohl einige Gesetze gebe, die der Medienfreiheit förderlich sein könnten, doch die Justiz sei nicht unabhängig, sondern zu einem Instrument der Macht geworden. Schlechte Gesetze mit einer unabhängigen Justiz seien seiner Ansicht nach besser als die heutige Situation, in der gute Gesetze von einer unterwürfigen Justiz durchgesetzt würden. Es gebe in Russland auch keine Tradition der Pressefreiheit. Das brauche noch Zeit. Die journalistischen Bräuche seien in dieser Hinsicht widersprüchlich: In der älteren Generation fänden sich oftmals ehemalige Mitarbeiter der Staatspropaganda, die mit dem Gebrauch der Medienfreiheit unerfahren seien. Die jüngere Generation hätte dagegen keine angemessene journalistische Ausbildung. Sie habe Ideen, aber keinen Sinn für die Verantwortung und Pflichten der Pressefreiheit. Auch daher sei es um die Medienfreiheit (noch) schlecht bestellt.

Für seine Stiftung gehe es bei „Glasnost“ um zwei Dinge: „Stimme“ und „Erhörtwerden“. In Russland gebe es „Stimme“, aber keiner höre zu. Die Zensur existiere de facto noch immer, trotz des gesetzlichen Zensurverbots. Was behindere also die vollständige Rezeption von „Glasnost“? Es sei weniger die Ideologie als vielmehr die Angst. Es herrsche Selbstzensur, weil Journalisten Angst um ihre körperliche Unversehrtheit oder um ihren Arbeitsplatz hätten. In nur acht Jahren habe Putin sein System perfektioniert. Journalisten glaubten an dieses „System Putin“. Die unabhängige Presse sei heute darin kein Archipel mehr wie noch im Jahre 2000, sondern eine Insel, abgenabelt von der Macht. Während seiner Präsidentschaft habe Wladimir Putin zunächst das kritische Verfassungsgericht gezähmt,



dann subtil NTV über Lizenzierungsfragen unterworfen. Anfangs allerdings sei Putin offener und demokratischer gewesen. Er sei zu den Treffen des russischen PEN gekommen und habe an Bürgerforen teilgenommen. Doch der autoritäre Weg sei einfacher. Nun seien Redakteure zu Staatsbeamten und von der Bürokratie beeinflussbar geworden. Putin habe z.B. auch neben dem russischen Verband der Journalisten einen neuen Medienverband geschaffen, den „kritischen Journalistenverband“. Das seien Parallelstrukturen, die lediglich der Machtvertikale gegenüber loyal seien. Jelzin habe zwar ein explosives Temperament gehabt, aber nie die Medien geknebelt. In dieser Hinsicht habe Putin eine neue Tradition etabliert.

Professor Simonov führte aus, dass es seit 1992 drei „Kriege gegen Journalisten“ in Russland gegeben habe: den Kampf zwischen Präsident und Parlament sowie die beiden Tschetschenienkriege. Dennoch seien zwei Drittel der über 140 getöteten Journalisten nicht im Krieg, sondern in Friedenszeiten umgekommen. Diese Todesfälle würden wohl nie aufgeklärt werden. Auftragsgewalt sei immer schwer aufzuklären, aber noch schwerer sei es, wenn die lokalen Machthaber darin verstrickt seien. Die Täter würden fast nie angeklagt oder verurteilt. Gängige Praxis sei vielmehr, Unschuldige anzuklagen und zum Geständnis zu zwingen. Doch obwohl die Justizorgane unzuverlässig seien, gehe es ohne sie nicht. Journalisten könnten Staatsanwälte und Richter nicht ersetzen. Allerdings kritisierte Herr Simonov die mangelnde Offenheit auf beiden Seiten, in Russland wie auch im Westen. Es gebe das Problem des „political correctness“ und der doppelten Standards: Man lasse Russland im Westen mehr durchgehen als anderen Ländern und akzeptiere dort den Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Während Gorbatschows Amtszeit öffnete sich Russland, aber auch der Westen öffnete sich und entkräftete damit das Klischee vom „Klassenfeind“. Russland aber könne sich nur modernisieren wenn es sich öffne. Es müsse einen „Wettbewerb des Verstandes“ geben. Es sei immer gefährlich, wenn

nur ein einziger Verstand als „gut“ anerkannt werde. Pluralismus werde im heutigen Russland aber nicht (mehr) begrüßt.

DER KAS-DEMOKRATIEREPORT 2008: AUSGEWÄHLTE LÄNDERSTUDIEN

Der zweite Konferenztag wurde mit einem Panel eingeleitet, auf dem zwei Autoren des diesjährigen Demokratiereports sowie ein Auslandsmitarbeiter der KAS die Situation der Medien in ihren Ländern darstellten. Moderiert wurde das Panel vom Koordinator des KAS-Demokratiereports, Dr. Karsten Grabow, der zuvor in das Projekt „Demokratiereport“ im Allgemeinen und danach in die Studien des diesjährigen Reports einführte.

Martin Kühl, Leiter des Nachrichtenbüros karma-news in Peking und Chinakorrespondent der Financial Times Deutschland, stellte heraus, dass es in der Volksrepublik zwar keine Pressefreiheit im westlichen Sinne gebe, aber doch vier Trends, die die Medienlandschaft ihrer Leserschaft gegenüber responsiver und ihrer Regierung gegenüber kritischer machten: Das sei erstens die Kommerzialisierung der chinesischen Medien, wobei im Zuge der Abschaffung der landesweiten Pflichtabonnements rund 2.000 Zeitungen und 10.000 Magazine verpflichtet wurden, sich finanziell selbst zu tragen. Das habe zur Modernisierung und Professionalisierung des Erscheinungsbilds der Printmedien geführt und der journalistischen Investigation einen wichtigen Schub gegeben, die nun verstärkt Nachrichten und Geschichten brächten, die sich am Leserinteresse orientierten.

Ein zweiter Trend sei die Aufrechterhaltung des Kontrollanspruchs des Staates, der sich weiterhin in der Existenz der staatlichen Verwaltungen für Radio und Fernsehen sowie der für die Presse und auch im „Cultural Propaganda Department“ manifestieren würde. Die traditionelle Rolle der Medien sei immer das Sammeln von Informationen über die chinesische Bevölkerung gewesen und so für die Partei als Sensor für die



In China gibt es keine Medienfreiheit. Allerdings hat sich die Regierung in den vergangenen fünf Jahren um mehr Offenheit bemüht, die es Journalisten einfacher machen soll, an Informationen zu gelangen. Das bedeutet aber nicht, dass Journalisten schreiben dürfen, was sie wollen. Zensur ist gängige Praxis.

Stimmung im Lande zu wirken. Es gebe also eine Art „Zweibahnstraße“ der Information, von der allgemeinen Bevölkerung in die politische Elite ebenso wie von der Regierung in die Bevölkerung hinein. Manche Themen allerdings seien noch immer tabu. Dazu gehöre zwar nicht die Korruption, die in China vehement entlarvt und verfolgt werde, aber doch andere sensible Bereiche des nationalen Projekts wie die Außenpolitik oder die staatliche Sicherheit.

Der dritte Trend sei, dass Journalisten zwischen Leserinteresse und rechtlicher Grauzone navigieren müssten. Chinesische Journalisten wandelten auf einem schmalen Grat zwischen Gesetz, Politik, lokalen Sensibilitäten und Tradition. Zwar gebe es Fortschritte bei den Menschenrechten und den Transparenzpflichten auf allen staatlichen Ebenen. Gleichzeitig aber sei es für die Medien immer wieder schwierig, diese Gesetze für sich zu nutzen. Man wehre sich daher innerhalb des Systems und manövriere um bestimmte Normen herum. In der Praxis der Volksrepublik aber widersprächen heute tagtäglich Redaktionen ihren Regulatoren und Zensoren. Zensur bedeute in China daher vor allem die Vorenthaltung bzw. Auslassung von Information, und nicht etwa die Falschmeldung.

Der vierte und letzte Trend sei das Internet, das in den letzten Jahren explodiert und in seinen Auswirkungen nicht zu unterschätzen sei. Obwohl das Internet durch staatliche Firewalls gefiltert werde und der Staat die Kontrolle über die beiden Knoten habe, über die alle Leitungen des Landes mit der Außenwelt verbunden seien, sei die Internetszene heute lebendiger denn je. Internetportale beschäftigten eigene Reporter (da sie nicht der staatlichen Zensur für Printmedien unterlägen) und könnten so Berichte prominent platzieren und auf die nationale Meinungsbildung Einfluss nehmen. Anders als im Westen arbeiteten Blogger professionell und ethisch. Sie alle nutzen die Unmittelbarkeit des Internets als Ventil für ihre Wut. Die KP habe jedoch erkannt, dass sie auf diese Inhalte – solange sie nicht an ihrem Machtmonopol rührten – für ihren eigenen

Informationsbedarf nutzen und darauf reagieren könne. Das Internet erhöhe also die Responsivität des gesamten Systems. Es ebne weiterhin Informationsunterschiede zwischen Peripherien und Zentrum ein und schwäche das Informationsmonopol der Lokal- und Provinzregierungen, indem es Nachrichten, die irgendwo im Land in Lokalzeitungen stünden, über Portale zeitnah auf die nationale Ebene hebe. Die Zentralregierung aber habe nun ein Gesetz erlassen, das Internetportale für Inhalte haftbar machen solle. Damit beginne nun die Selbstzensur durch die Journalisten selbst, aber auch durch eigene Zensoren in den Internetredaktionen.

Die westliche Medienberichterstattung über Tibetfragen habe aber viele Chinesen enttäuscht, die nun ganz China in der Kritik sähen und meinten, die Fortschritte in der Volksrepublik würden nicht genügend gewürdigt. Es sei daher eminent wichtig, chinesische Journalisten nicht auszugrenzen, sondern sie einzubinden. Die eigenen Werte des Westens müssen China gegenüber kommuniziert werden, aber es komme eben darauf an, wie.

Prof. Dr. [Carlos Correa](#), Vorsitzender der NGO „Espacio Publico“ in Caracas und dort auch Forschungsprofessor an der Katholischen Universität, präsentierte Ergebnisse aus seinen Forschungen zur Medienfreiheit in Venezuela. Medien würden unter der Regierung Chávez angegriffen und diffamiert und so als Staatsfeinde gebrandmarkt. Besonders vor Wahlen spitze sich die Lage zu (und es habe im Schnitt eine Wahl pro Jahr seit Amtsantritt von Hugo Chávez gegeben). Neben international beachteten Ereignissen, wie z.B. die Schließung der nationalen Fernsehstation Radio Caracas TV, habe es 2007 nach eigenen Erhebungen 744 Angriffe gegen die Presse gegeben. Tätliche Angriffe gingen zwar zurück, doch dafür steige der Anteil staatlicher Gängelung – so z.B. über das neue „Gesetz über die soziale Verantwortung“ der Medien. Die meisten Angreifer seien nichtstaatliche Akteure. Derzeit gebe es zwei bis drei tätliche Angriffe pro Woche, vor allem gegen die



Die Medienfreiheit gerät zunehmend in Bedrängnis. Dies ist ein Ergebnis des KAS-Demokratiereports, der die Entwicklung der Medienfreiheit in 16 Ländern darstellt. Der Demokratiereport erscheint im Spätsommer 2008.

wenigen noch verbliebenen kritischen Medien. Seit 2002 habe es vier Tote gegeben. Der Staat glänze hier durch Nichtaufklärung, was das Gefühl der Recht- und Straflosigkeit noch verstärke. Vor 2002 habe es diese Institutionalisierung der Gewalt gegen Journalisten in Venezuela nicht gegeben. Es gebe aber immerhin den Rekurs auf das Interamerikanische Menschenrechtssystem, über das der Präsident keine Macht habe.

Die Exekutive verpflichte alle Medien dazu, die regierungseigenen Programme zeitgleich zu senden, sonst drohe der Verlust der Lizenz. So werde etwa (aber nicht nur) die wöchentliche Präsidentenshow „Aló Presidente“ mit einer durchschnittlichen Dauer von viereinhalb Stunden im Lande zeitgleich über Radio und Fernsehen verbreitet. Chávez nutze diese mediale Omnipräsenz zur Etablierung einer quasi-religiösen Direktverbindung zwischen „Volk und Führer“. Kritische Nachrichtensendungen würden auf staatlichen Druck hin aufgegeben und durch Unterhaltungsformate ersetzt. Dieser mangelnde Pluralismus in der Medienlandschaft habe mittlerweile auch zu einer deutlichen Zunahme von Demonstrationen geführt, da die Medien kein Ventil mehr für Bürgerängste seien. Die Regierungsalternative Öffentlichkeit habe sich nach dem Streit um Radio Caracas TV verstärkt ins Internet und auf SMS verlagert, was die Mobilisierungsfähigkeit der Straße bedeutend erhöht habe. Herr Correa sprach von einer Gleichschaltung der Medien in Venezuela, die über einen de facto-Zusammenschluss der vier nationalen Fernsehkanäle zu einer „Regierungsplattform“ erreicht wurde.

Dr. **Andreas Jacobs**, Landesbeauftragter der KAS in Ägypten, betonte den spezifischen Charakter der Pressefreiheit in Ägypten: Sie sei Zugeständnis, nicht Grundrecht. Ägypten habe zwar eine große, stolze und freie Medientradition, die im Falle der Zeitung Al-Ahram bereits 130 Jahre zurück reiche und sich auf den Prophetenspruch bezöge, das Wissen überall zu suchen, auch wenn es in China sei. Auch sei die Analphabetenrate deutlich zurückgegangen, auf heute 20–30% der Bevölkerung. Es gebe private Fernsehsatellitenkanäle

und Radiosender, doch „privat“ bedeute nicht „frei“. Diese Organe seien oft im Besitz staatlicher Unternehmen. Außerdem werde die Medienfreiheit durch die seit 1981 bestehende Notstandsgesetzgebung untergraben. Die Medien würden mit Lizenzstreitigkeiten, der Einschränkung der Reisefreiheit, niedrigen Papierzuweisungen, Druckereiengpässen, Haftstrafen und der Diffamierung als Ungläubiger oder Unreiner gegängelt. Das erkläre auch die geringe Attraktivität des journalistischen Berufs in Ägypten: die Bezahlung sei folglich niedrig und der „Trash-Faktor“ hoch.

Es gebe drei Arten von Zeitungen im Land: staatliche Zeitungen, Parteizeitungen (eine ägyptische Besonderheit), unabhängige Zeitungen und die so genannte „Zypernpresse“ – also Zeitungen, die im Ausland (traditionell Zypern, mittlerweile aber auch in Großbritannien, den USA oder Niedrigsteuerländern in der Karibik) lizenziert seien. Es gebe auch eine wachsende Zahl an Internetzeitungen, die von der Freiheit – Kostenlosigkeit und Unzensuriertheit – des Internets profitierten. Allerdings erreiche das Internet nur eine relativ kleine Bevölkerungsgruppe, Zeitungen etwa 20%. Radio und Fernsehen erreichten dagegen 80–90% der Bevölkerung. Zwar gebe es dort kaum Meinungsbeiträge, aber Talkshows, die auch schwierige Themen ansprächen. Grundsätzlich gelte, dass auf Englisch mehr erlaubt sei als auf Arabisch. Gelenkte Kritik auf Englisch sei erwünscht, um bei den Ausländern den Anschein von Pluralismus und Meinungsfreiheit zu erwecken.

Kritik sei dann erlaubt, wenn sie von Einzelpersonen und nicht von Institutionen komme. Sie werde geduldet, wenn sie keine Verbesserungsvorschläge mache. Auch dürfe sie bestimmte „rote Linien“ nicht überschreiten. Dazu zählten die Präsidentenbeleidigung (definiert vom Staat selbst), die Frage nach der Präsidentennachfolge, das Verhältnis zwischen den Religionen innerhalb Ägyptens, der ägyptisch-israelische Friedensvertrag, der politische Islam (also die Muslimbruderschaft) und Nacktheit. Seit dem verstärkten Export ägyptischer Medienprodukte in den arabischen

Versammelte internationale Kompetenz auf dem Petersberg: Prof. Dr. Hans-Joachim Veen, Dr. h.c. Josef Thesing und Prof. Dr. Peter Molt (v.l.) diskutieren über die Befunde des diesjährigen KAS-Demokratiereports.



Raum, v.a. nach Saudi Arabien und in die Golfemirate, seien diese Produkte zunehmend von vulgärer Sprache, Astrologie und Horoskopen geprägt. Für Letztere gebe es zwar eine ägyptische Tradition, aber sie verstießen gegen wahabitische Moralvorstellungen auf der Arabischen Halbinsel. Als Fazit zog Herr Jacobs, dass es eine relativ plurale Medienlandschaft in Ägypten gebe – allerdings mit bedeutenden Einschränkungen der Medienfreiheit. Gegenwärtige Defizite und Verunsicherungen seien vor allem der unklaren Nachfolge Mubaraks geschuldet.

BERICHTE AUS DER PRAXIS

Das vierte und letzte Panel „Medienfreiheit in der Welt: Berichte aus der Praxis“ vereinigte drei Praktiker auf dem Podium, die aus eigener journalistischer Erfahrung die Situation der Medienfreiheit in ihren Ländern kennen. Die Praktikerperspektive ergänzte dabei die Analytikerperspektive des vorherigen Panels und zeigte, dass sich die Beobachtungen des Demokratiereports mit der Situation vor Ort weitgehend decken. Moderiert wurde das Panel von [Werner vom Busch](#), dem Leiter des KAS-Medienprogramms in Asien.

An der Paneldiskussion nahmen teil: Dr. [Antonia Rados](#), ehemals Korrespondentin für RTL und n-tv im Iran und heute Mitglied der Redaktion des ZDF-*heute journals*, [Willem Steenkamp](#), Medienberater aus Johannesburg sowie [Janusz Reiter](#), ehemaliger polnischer Botschafter in der Bundesrepublik und heute Mitglied des Vorstands der Rzeczpospolita in Warschau.

Nach Frau Dr. Rados gebe es zwei Kategorien von Ländern, in denen freie Berichterstattung schwierig sei: nichtdemokratische und nichtfriedliche Länder. Nichtdemokratische Länder würden Schein- und Gegenwelten aufbauen, die sie durch Informationsministerien stabilisierten, die den Zugang zu und die Verbreitung von Informationen zu monopolisieren suchten. Zwar gebe es durch die neuen Technologien ein Katz-und-Maus-Spiel, gleichsam einen Wettlauf um die ungefilterten

Informationen. Doch sei der sogenannte „freie Informationsfluss“ sehr viel behinderter als wir in unserer globalisierten Welt meinten. In nichtfriedlichen Ländern seien dagegen die Existenz von rechtsfreien Zonen und die Gefahr für Leib und Leben von Journalisten der Hauptgrund für die Schwierigkeit des ungefilterten Zugangs zu Informationen. Es gebe also ein Paradox: zuviel Staat sei schlecht für die Pressefreiheit, zuwenig Staat aber auch.

Herr Reiter betonte, Pressefreiheit sei kein binärer Zustand. Sowohl das „Ja“ als auch das „Nein“ seien unzureichende Vereinfachungen. So gab es in den 1980er Jahren zwar keine Pressefreiheit in Polen, wohl aber eine lebendige Untergrundpresse. Heute gebe es zwar Pressefreiheit, aber eben doch mit Vorbehalten. In jeder Gesellschaft gebe es ein Wechselspiel zwischen Regierung und Medien. In Mittelosteuropa sei die Pressefreiheit zwar realisiert, doch auch die EU könne nicht immer ein perfekter Hüter der Freiheit sein. Es gebe auch nationale Kulturen und Traditionen, die der jeweiligen Medienfreiheit ihren Stempel aufdrückten. Er stellte sodann die Frage, wie mit Regierungen umzugehen sei, die zwar kein demokratisches Mandat, aber doch Sympathien und Rückhalt in der Bevölkerung besäßen? Unterstützung von außen könne der Freiheit in solchen Ländern manchmal helfen, doch manchmal auch kontraproduktiv sein. Weiterhin dürfe auch nicht zu oft Alarm geschlagen werden, wenn die Freiheit scheinbar in Gefahr sei, sonst verlören diese Hilferufe schnell an Wert. Allerdings sieht er in Polen eine Tendenz zur Radikalisierung der Sprache. Es werde zwar nichts so heiß gegessen, wie es gekocht würde. Aber in Polen werde heißer gegessen als anderswo. Der polnische Weg sei, dass niemand politische Entscheidungen über wichtige Dilemmata treffen wolle. Zur Präsenz ausländischer Verlage in Polen sagte Herr Reiter, dass es Akzeptanz gebe, denn mit ihnen käme Professionalisierung in Erscheinungsbild und Berichterstattung. Doch auch der Abschluss der Medienprivatisierung werde nicht automatisch zu uneingeschränkter Pressefreiheit führen.



*Dr. Karsten Grabow
im Gespräch mit
dem KAS-Vorsitzenden,
Prof. Dr. Bernhard Vogel.*

Herr Steenkamp schließlich bejahte die Frage, ob das Ende der Apartheid der wichtigste Zeitpunkt für die Medienfreiheit in Südafrika gewesen sei. Vorher bestand die Medienlandschaft in Südafrika vorwiegend aus „weißen“ Medienhäusern, die regierungsnah berichteten. Oppositionelle Meinungen, v.a. solche, die die Interessen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit vertraten, wurden nicht veröffentlicht. Das Ende der Apartheid bedeutete auch für die Medien den Übergang von einem repressiven zu einem permissiven System, in dem man in den Genuss vieler neuer Freiheiten kam und über viele neue Geschichten, Schicksale, Standpunkte berichten konnte. Dies war eine Zeit, die in Bezug auf die Medienfreiheit nichts zu wünschen übrig ließ. Allerdings zeigte sich Herr Steenkamp in Sorge um die Medienfreiheit in Südafrika. Die Medien kämen verstärkt von Seiten des ANC unter Druck, der durch mehrere Regierungsskandale Kritik gegenüber äußerst intolerant geworden sei. Zwar gebe es (noch) keine Attacken gegen Journalisten, aber offen sei, ob dies anhält. Dennoch funktioniere die Justiz in Südafrika und die Medienfreiheit sei noch immer die höchste in ganz Afrika.

RESÜMEE

Dr. Karsten Grabow beendete die Konferenz mit einem Schlusswort, in dem er zusammenfassend auf die fragile Situation der Medienfreiheit in der Welt einging, komparative Vorteile der politischen Stiftungen beschrieb und darlegte, welche Bedeutung der Demokratieraport für die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung hat.

Ungeachtet partieller Fortschritte sei die Situation der Medien in einem Großteil der Welt – und damit auch in den Projektländern der KAS – gekennzeichnet durch massive Behinderung und Bedrohung kritischer Journalisten, Korruption, zunehmende Konzentration der Medienanbieter und – z.T. damit verbunden – auch durch eine zunehmende Kommerzialisierung und auch Banalisierung der Berichterstattung. Angesichts der

alarmierenden Befunde zum Stand der Pressefreiheit müsse man allerdings zwei Dinge beachten: Erstens ginge es weit über die realistische Leistungsfähigkeit einer Organisation hinaus, „die Welt besser machen zu wollen“. Selbstverständnis und entwicklungspolitischer Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung lägen darin, gemeinsam mit den Partnern vor Ort einen nachhaltigen Beitrag zur Weiterentwicklung und zur Stabilisierung demokratischer Grundrechte sowie von demokratischen Verfahren und Institutionen zu leisten. Zweitens sei die Stiftung kein explizites Medienförderungsinstitut, keines, das sich ausschließlich der Rechtsstaatsförderung, Programmen zur Förderung von Idee und Verfahren der Sozialen Marktwirtschaft oder der Parteienförderung widmet. Das Programmspektrum sei wesentlich umfassender.

Herr Grabow merkte an, dass in den Diskussionen über Aufgaben und Leistungsfähigkeit der deutschen politischen Stiftungen häufig von den sog. komparativen Vorteilen der politischen Stiftungen gegenüber anderen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit die Rede sei. Als komparative Vorteile gälten die Anzahl der Auslandsbüros, die langjährige und dauerhafte Präsenz vor Ort und die in den Projektländern vorhandene fachliche und kulturelle Kompetenz der Auslandsmitarbeiter. Darüber hinaus läge ein wichtiger komparativer Vorteil darin, dass die politischen Stiftungen über einen privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungsträgern in Deutschland, auf europäischer Ebene und in den Projektländern verfügten. Ein besonderer Vorteil sei allerdings die globale Programmstruktur, genauer die thematische Vielfalt der Maßnahmen und Projekte. Einerseits seien sie alle einem entwicklungspolitischen Oberziel untergeordnet, nämlich der Förderung und Stabilisierung der Demokratie, ihrer Teilbereiche, ihrer Institutionen und Verfahren, andererseits bauten sie aufeinander auf und griffen ineinander. Zum Beispiel bliebe die unmittelbare Förderung demokratischer Parteien erfolglos, wenn nicht auch die Rahmenbedingungen für die Herausbildung demokratischer Parteien, demokratischer Par-



teiensysteme und Verfahren der Parteienkonkurrenz mit entwickelt würden. Hierbei würden die regionalen Medien- und Rechtsstaatsprogramme sowie die zur Parteienförderung und Parlamentarierberatung ineinander greifen. Die regionalen Medienprogramme dienen nicht nur den bereits vorgestellten Zielen und Schwerpunkten, sondern auch der gesellschaftlichen „Kontextförderung“ und seien somit Teil aller weltweiten Bemühungen der Konrad-Adenauer-Stiftung, einen Beitrag zur Verankerung der freiheitlichen Demokratie und ihrer Spielregeln zu leisten.

Herr Grabow ging am Ende seiner Ausführungen noch einmal auf die Bedeutung des Demokratiereports für die internationale Arbeit der KAS ein. Der Report gebe der Stiftung wichtige Anregungen, an welcher Stelle die Anstrengungen im Bereich der Demokratieförderung sowie der Förderung ihrer Teilbereiche wie Medien, Rechtsstaatlichkeit, Parteien oder Parlamente noch verstärkt – oder allgemeiner – angepasst werden müssten. Nach drei Jahren habe sich der Demokratiereport einen festen Nutzerkreis erschlossen. Diese Nutzer, v.a. Vertreter von Organisationen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, fragten den Demokratiereport auch aus Gründen der Projektsteuerung nach, zum Teil, weil sie nicht über vergleichbare Ressourcen wie die KAS, in diesem Falle ein weit verzweigtes internationales Netz an Auslandsbüros und Partnerorganisationen verfügten. In manchen Fällen habe die KAS aber auch Pionierarbeit geleistet, da über manche Länder, die im Demokratiereport untersucht wurden, bisher kaum Informationen verfügbar waren, wie z.B. zur Lage der Parteien in der DR Kongo oder in Serbien im Report von 2007. Deshalb habe der Demokratiereport auch bei Fach- und Regionalwissenschaftlern großen Anklang gefunden. Herr Grabow verlieh seiner Überzeugung Ausdruck, dass dies auch beim diesjährigen Demokratiereport, der im Herbst 2008 unter dem Titel „Media and Democracy“ erscheint, der Fall sein werde.



Herausgeber

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit
D-10907 Berlin*

Redaktion

*Dr. Karsten Grabow,
Projektreferent
„KAS-Demokratiereport“*

Text

*Christian E. Rieck,
Projektassistent
„KAS-Demokratiereport“*

Fotos

*Harald Odehnal,
Tobias Fresenius,
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.;
picture alliance*

© 2008

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

www.kas.de

PUBLIKATIONEN AUS DER REIHE „KAS-DEMOKRATIEREPORT“

- *KAS Democracy Report 2005: Media and Democracy. Bonn: Bouvier*
- *KAS Democracy Report 2006: Rule of Law. Bonn: Bouvier*
- *KAS Democracy Report 2007: Parties and Democracy. Bonn: Bouvier*

*Gerhard Wahlers/Karsten Grabow (Hrsg.). Parteien und Demokratie.
Beiträge der internationalen Fachkonferenz zum KAS-Demokratiereport 2007.
Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2007*